

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat, Herrn Dr. Bernhard Braun, zum Haushaltsentwurf 2008

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

je mehr und je größer eine Mehrheit in einem Rat ist – dies gilt für alle Parlamente – umso wichtiger ist eine lebendige Opposition. Deswegen glaube ich, dass wir heute beweisen können, dass es in Ludwigshafen eine lebendige Opposition gibt und nicht nur eine sich selbst lobende Mehrheit, die dann irgendwann einmal auch den Blick für die Realitäten verliert. Für die Realitäten in dieser Stadt, in dem sie sich immer wieder nur selbst und gegenseitig lobt und auf der anderen Seite von sich ablenken will und dann nach Mainz zeigt, früher nach Bonn, jetzt nach Berlin. Aber eigentlich diskutiert sie doch wenig über ihre eigenen Möglichkeiten hier in der Stadt Ludwigshafen, Veränderungen zu erwirken und wenn wir in der Opposition Veränderungen vorschlagen, dann gelten die immer als vollkommen abstrus.

Ich will trotzdem versuchen, den ein oder anderen Denkprozess auszulösen. Wir haben es ja schon in den letzten Jahren geschafft, Anträge zu stellen, beispielweise 10 Stellen für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an Schulen. Dieser Antrag ist jetzt zwei Jahre später in Teilen schon umgesetzt worden und wird wahrscheinlich durch Ihren Antrag jetzt auch weiter umgesetzt werden, d. h. auch die Opposition hat durchaus gute und richtige Ideen. Wir bringen sie hier ein, wohlwissend, dass es natürlich in diesem Jahr nicht umgesetzt werden darf – weil Sie ja nicht zustimmen können – aber wir wissen ja, dass sie vielleicht im nächsten Jahr umgesetzt werden können. Deswegen sind wir guter Dinge, dass unsere Ideen, die wir einbringen, auch zum Erfolg führen - auch wenn wir in der Opposition sind.

Wir haben eine desolante Haushaltssituation. Das ist nicht neu, aber es wird jedes Jahr schlimmer und deswegen schnüren wir uns ja selbst die Möglichkeiten der Gestaltung beim Haushalt ab. Jetzt sind es nur noch 0,09 Prozent, die wir selbst im Stadtrat gestalten können oder die wir heute an Änderungen hier vorliegen haben. Es wird immer weniger werden müssen, weil die Zinslast von 100.000 EUR pro Tag uns erdrosselt. Die Zinslast ist eine tickende Zeitbombe, die, wenn sie hoch geht, Ludwigshafen in das absolute Finanzchaos stürzen wird. Wenn wir so weiter machen sind es in 5 Jahren 150.000 EUR. 150.000 EUR - über die wir hier kräftig und trefflich streiten können, ob wir die im ganzen Jahr überhaupt ausgeben können - geben wir jeden Tag für Zinsen aus. Auf Grund dieser Vorüberlegungen haben wir unsere Vorschläge gemacht; in manches können wir nicht mehr investieren und manches müssen wir auch auf der Einnahmeseite regeln.

Bei der Gewerbesteuer wurde schon die Antwort gegeben. Mainz hat 440 Punkte Gewerbesteuer, der Durchschnitt in Rheinland-Pfalz liegt bei 369 Punkte - also über Ludwigshafen. Speyer als kleine Stadt und Landau haben 405 Punkte, Frankenthal hat 385 und Ludwigshafen hat 360. Jetzt könnte man sagen, dass die BASF dies in anderen Gemeinden auch zahlen müsste.

Haben Sie auch bemerkt, was die BASF an Infrastruktur, an Aufmerksamkeit und an Zuverlässigkeit geboten bekommt?

Glauben Sie, dass die gleiche Infrastruktur, die wir hier gebaut haben, an anderen Standorten auch aufgebaut worden wäre?

Eben nicht!

In Ludwigshafen wurde für die BASF - weil es der größte Arbeitgeber ist – dermaßen an Infrastruktur investiert, dass wir im Moment fast daran ersticken. Die Hochstraßen beispielsweise sind doch Investitionen zum Großteil für die BASF. Dann könnte man vielleicht auch ein klein wenig mehr verlangen, wie andere Gemeinden, die bei 360 Punkten liegen.

Mich hatte das schon ein bisschen zuversichtlich gestimmt, als im Hauptausschuss gesagt wurde, der Stadtvorstand würde gerne insgesamt die Gewerbesteuer erhöhen. Dann kämen wir auch irgendwann mal da hin, dass man sich traut, über 360 Punkte zu gehen und dass

wir dann zumindest den Schnitt von Rheinland-Pfalz oder zumindest ein bisschen weniger als Landau oder Speyer erheben könnten.

Das sage ich doch nicht um Sie oder die BASF zu ärgern, sondern das sage ich um die Strukturen dieser Stadt erhalten zu können und um die Strukturen in dieser Stadt auf Dauer nicht den Zinsen opfern zu müssen. Das ist der Vorschlag, den wir machen.

Ich stelle ihnen kurz unsere Anträge vor. Wir haben unsere Schwerpunkte auf die Themen Schulen und Bildung, Kultur, Energie und Stadtqualität/Lebensqualität in Ludwigshafen gelegt. Die Schulsozialarbeit hatten wir bereits beim letzten Haushalt zum Thema. Bei den Schulen haben wir uns entschieden, den ursprünglichen Ansatz einzufordern.

Die Schulen müssen saniert werden. Wir wissen auch, dass wir heute nicht die sofortige Sanierung beschließen können; das Geld haben wir nicht. Wir haben unsere 4 Millionen gegenfinanziert. Natürlich ist es auch schmerzlich, weil wir sagen, wir wollen den Ausbau des Kongresszentrums Pfalzbau nicht so, wie er hier beschlossen ist, sondern so, wie wir ihn ursprünglich beschlossen hatten, nämlich 5 Millionen günstiger. Wo Sie alle mitgestimmt haben und alle gesagt haben: Ja, das ist tragfähig. Für 25 Millionen können wir den Pfalzbau ausbauen, dass er zukunftsfähig ist. Da haben wir auch mitgestimmt und die 5 Millionen die Sie drauf gepackt haben, nehmen wir einfach wieder runter und sagen, wir gehen dafür in den ursprünglichen Ansatz bei den Schulen. Da waren 16 Millionen vorgesehen und jetzt tun Sie so als hätten Sie da noch etwas draufgepackt. Sie haben eigentlich gekürzt. Sie haben gerade in der Schule in Mundenheim gekürzt, die es notwendig hätte, renoviert zu werden. Das ist der falsche Weg: zu warten und aufzuschieben, wann denn die Renovierung kommen kann, um dann zu sagen, wir renovieren die Toiletten. Das ist wichtig, das ist richtig. Aber das ist nicht das, was die Stadt leisten kann. Wir könnten in diesem Bereich mehr leisten und deswegen haben wir die 4 Millionen eingestellt. Durchaus realistisch, durchaus möglich, durchaus finanzierbar.

Die Bildung an sich in Ludwigshafen ist das Gut, dass wir am meisten hoch halten müssen und deswegen haben wir auch wir gesagt, das Essen in der Schule muss günstig sein. Was die SPD mit dem Sozialfond vorgeschlagen hat, ist ein guter Schritt.

Ich hatte es schon mal gesagt: der gute Schritt ist nur dann gut, wenn er auch entsprechend ankommt.

Ihr Antrag geht darauf hinaus, Sozialhilfeempfänger bzw. die jetzt gleich gestellten ALG 2-Empfänger in die Richtung zu bringen, dass sie weiter unterstützt werden.

Nur, wer im Moment tatsächlich auch mehr Geld braucht, sind die gering Verdienenden und das ist der Antrag, wie wir ihn gerne gehabt hätten. Wir haben im Ausschuss beantragt, dass die, die arbeiten und gering verdienend sind, die knapp über Hartz IV liegen, beispielsweise allein erziehende Verkäuferinnen, gering verdienende Kassiererinnen etc., unterstützt werden. Wenn das so geändert wurde, freuen wir uns darüber, weil dann natürlich der Antrag auch umfangreicher ist. Ob die 25.000 EUR dann reichen, muss man noch mal nachrechnen.

Genau die gleichen Grenzen wollen wir auch beim Schulessen haben, weil wir nicht haben wollen, dass diejenigen sich nicht das Schulessen leisten können, weil sie gering verdienend sind. Wir schlagen vor, die Grenzen beim Schulessen zu ziehen, die auch beim bei den Schulbuchgutscheinen vorgesehen sind; es sind natürlich andere Grenzen als die Hartz IV-Grenzen. D. h. wir unterstützen - eigentlich eher im sozialen Bereich als bei der Bildung - diejenigen, die es sich - vom Essen her - nicht leisten können, auf eine Ganztagschule zu gehen.

Und das ist ganz wichtig, weil wir auch den Ausbau der Ganztagschule wollen. Wir wollen ja nicht dabei stehen bleiben, dass es jetzt einige Ganztagschulen in Ludwigshafen gibt. Gerade die Sozialstruktur erfordert, dass die Ganztagschule ausgebaut wird, dass sie weiter ausgebaut wird, dass sie auch schnell ausgebaut wird und dafür brauchen wir die entsprechende soziale Unterstützung.

Den Antrag auf Schulsozialarbeit hatten wir im letzten Haushalt gestellt. Da stimmen wir auch zu, wenn jetzt die Schulsozialarbeiterstellen geschaffen werden.

Mir scheint, die Kultur ist eine sehr umstrittene Sache. Zumindest stellt sich die Frage, welche Kultur wird gefördert in Ludwigshafen gefördert wird. Die einen wollen dies, die anderen das und dann wird ein Kompromiss gemacht. Kompromisse sind aber meistens das, was beide nicht gewollt haben. So ist es dann auch im Kulturhaushalt zu sehen, dass eine wichtige Institution, nämlich der Kulturverein nicht unterstützt wird. Wir haben gesagt, da muss mehr Geld dazu gegeben werden. Wir wollen aber auch, dass das Land mehr gibt und deswegen haben wir 25.000 EUR mehr vorgeschlagen, wenn das Land sich entsprechend beteiligt. Mit den 25.000 EUR hätten wir dann 50.000 EUR und damit hätte man richtig was anfangen können. Damit kann man Kultur für Kinder beispielsweise anbieten - aber auch für Erwachsene.

Im Kulturbereich haben wir auf einen ganz anderen Weg gesetzt. Ich weiß nicht, ob es verstanden wurde, dass wir eine angebotsorientierte Kultur nicht mehr so haben wollen, aber dass wir mit dem Element, das wir vorschlagen, auf eine nachfrageorientierte Kultur setzen. D. h. wir wollen den Schülern und Schülerinnen in den Klassen 1 – 10 Kulturgutscheine im Wert von 10 EUR geben und dann können die wählen, wo sie hingehen wollen.

Prinzipiell müssten alle sagen können: Ja, natürlich wollen wir das auch im Kulturbereich, weil dann entsteht Konkurrenz, dann entstehen Angebote und dann können die Kinder in den Schulen aus dem Angebot auswählen: Das wäre zum ersten Mal in Ludwigshafen, dass wir nicht sagen, wir fördern nur die bestimmten Angebote und dann „Vogel friss oder stirb“; geh eben hin oder bleib daheim. Sondern wir sagen, ihr habt alle die Möglichkeit zu Kulturveranstaltungen zu gehen, wir unterstützen das mit 10 EUR pro Jahr und die, die besonders beliebt sind, bekommen dann natürlich besonders viel wieder zurück. Insofern kostet das die Stadt nicht die 170.000 EUR die wir ausgeben müssten, sondern es sind eigentlich nur Verwaltungskosten, die in die private Kultur dann übergehen würden. Deswegen haben wir für dieses Kulturticket 50.000 EUR vorgesehen. Es ist ein interessanter Vorschlag darüber zu diskutieren, wie mache ich nachfrageorientierte Kultur in Ludwigshafen. Auch die Kulturinstitutionen sind daran durchaus interessiert, dass Jugendliche in die Kultureinrichtungen kommen, dass sie von ihren Lehrern dahin begleitet werden. Weil viele werden von ihren Familien dahin nicht begleitet. Also insofern ist es ein Hinführen zur Kultur.

Bei den Energiekosten, ist jeder bereit zu sagen, wir müssen herunter von den hohen Kosten, vor allem, weil die Energie immer teurer wird. Wir haben im letzten Stadtrat hier den Antrag gestellt, eine CO²-Bilanz zu erstellen. Das ist im Umweltausschuss geschehen. Es war eine sehr überzeugende Bilanz von über 50 Jahren, weil z. B. das Müllheizkraftwerk als größte CO² Einsparung gepriesen worden ist. Das ist nun schon über 30 Jahre alt und die TWL hätte auch noch eine Einsparung geleistet, in dem sie das Kraftwerk für die Beheizung der Pfingstweide gemacht hat. Das waren die zwei größten Einsparungen in Ludwigshafen dann wird's auch schon relativ dünn. Nämlich bei der Stadt selbst gibt es kaum Einsparungen und es ist hier auch wichtig, nachdem wir auch festgestellt haben, dass die Stromkosten enorm hoch sind, nämlich über 2,5 Millionen im Jahr, hier zu investieren, um später Energiekosten zu sparen. Gerade im Strombereich, gerade im Rathaus mit 500.000 EUR Strom pro Jahr, ist es wichtig, Stromsparmaßnahmen vorzunehmen. Das Einsparpotential liegt bestimmt im Bereich von einigen 100.000 EUR und wir haben deswegen nur 200.000 EUR angesetzt, weil es ja schon im nächsten Jahr greifen soll. Aber prinzipiell haben wir hier noch viel größere Potentiale. 1 Million haben wir für solche Energiesanierungen in den Vermögenshaushalt mit übernommen, um einen ausgeglichenen Vermögenshaushalt zu haben, weil wir ja bei der Pfalzbausanierung eingespart haben.

Wir brauchen in Ludwigshafen eine hohe Wohnqualität und deshalb haben wir auch den Antrag gestellt, die Straßenbäume neu zu pflanzen, die abgängig sind - und das sind sehr viele. Vor kurzem stand in der Friesenheimer Zeitung „Die Nase“ ein Bericht, welche Bäume abge-

storben sind, die nicht ausgetauscht werden. Bei verschiedenen Umgehungsstraßen habe ich mir das angeschaut. Da besteht großer Nachholbedarf und dieser Nachholbedarf muss in diesem Jahr dann auch umgesetzt werden. Allerdings müssen die Bäume auch gepflegt werden, wenn sie neu gepflanzt werden, weil sie sonst in zwei Jahren genauso aussehen wie jetzt, nämlich tot. Deswegen haben wir für die Neupflanzung von Straßenbäumen im Verwaltungshaushalt 50.000 EUR mehr eingestellt.

Vor einigen Tagen hatten wir im Umweltausschuss über die Stickoxydbelastung von Ludwigshafen diskutiert. Wir werden im Jahr 2010 - wenn es uns nicht gelingt die Stickoxydbelastung zu senken - über den Grenzwerten liegen. Also auch da besteht ganz klarer Handlungsbedarf, weil 2010 ja das neue ECE Center stehen soll - wenn es Gott will und auch die Investoren der ECE. Wenn es denn gut laufen würde, hätten wir mehr als 10.000 zusätzliche Autofahrten pro Tag, d. h. die Stickoxydemissionen werden steigen.

Wir haben im Umweltausschuss auch über die Möglichkeit diskutiert, ob wir nicht vorschreiben könnten, dass das ECE-Center wenigstens mit einer Fernwärmeheizung versehen wird, damit nicht noch mehr Stickoxydemissionen in der Innenstadt anfallen. Leider ist das bisher nicht aufgegriffen worden, aber wenn wir Umweltqualität in Ludwigshafen haben wollen, müssen wir dafür sorgen, dass diese Belastungen sinken. Nur so können wir auch zu einer attraktiven Stadt werden. Das ist einerseits das Bildungsangebot und das Kulturangebot, aber es ist bei den Neubürgerinnen und Neubürger immer mehr das Grün in der Stadt und die Luftbelastung von Bedeutung. Da müssen wir investieren und deswegen haben wir die Vorschläge auch so gemacht.

Bei der FDP und FWG sehe ich im Moment hauptsächlich Einsparungen im Kulturbereich. Ob das der sinnvolle Weg ist, kann ich nicht beurteilen.

Wir haben gesagt, wir wollen auch im Kulturbereich investieren. Wir wollen beispielsweise beim Filmfestival zeigen, dass diese Stadt hinter dem Filmfestival steht. Wir wollen auch zeigen, dass diese Stadt hinter dem Theater steht, hinter den Kulturinstitutionen, die wir in Ludwigshafen haben und deshalb haben wir solche Streichvorschläge wie die FDP und die FWG sie gemacht haben, nicht gemacht.

Wir glauben, ein Haushalt in Ludwigshafen könnte tatsächlich so sein, wie Herr Jöckel ihn versprochen hat, nämlich nachhaltig und weitsichtig.

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist weder nachhaltig, noch weitsichtig, sondern er führt in die Dauerverschuldung, in immer höhere Verschuldungen und er wird auch nicht aus dieser Downschleife herausführen, er wird uns immer tiefer führen. Besonders erschreckt mich an dem Haushalt, dass für die nächsten Jahre 50 Millionen EUR an Verschuldung eingeplant sind. Wir können mit einem solchem Haushalt, der auf die Dauer Verschuldung einplant, in Ludwigshafen nicht leben und deshalb besteht Handlungsbedarf.

Als letztes, Herr Jöckel, ihre These war, dass das Steueragreement mit der BASF sich bewährt hat. Seit es dieses Steueragreement gibt, hat die Stadt Ludwigshafen etwa 400 Millionen Schulden angehäuft. Dieses Steueragreement kann sich nicht bewährt haben, sonst wäre es nicht so gelaufen, wie es jetzt gelaufen ist. Vielleicht hat es sich ein oder zwei Jahre bewährt, aber dann wenn es nicht mehr angebracht ist, Steuern zu senken, muss man auch mal wieder darüber nachdenken, die Steuern zu erhöhen. Ich möchte nur daran erinnern, dass die SPD früher einen Antrag eingebracht hat, die Steuern zu senken, solange sich die Stadt das leisten kann. Es war der Antrag, dass Sie, wenn Sie die Steuern gesenkt haben, wieder darüber diskutieren, dass die Steuern evtl. wieder erhöht werden müssen und im Moment ist die Situation eben da, dass man sie wieder erhöhen muss.

Aber wir können und sollten uns auch inhaltlich über diese Debatten auseinandersetzen. Schädlich für eine politische Kultur ist es, wenn der Fraktionschef der zweitgrößten Fraktion hier im Saal sagt, wir wären eine „sogenannte Opposition“. Herr Küppers, ich sage auch nicht „sogenannte Sozialdemokraten“, obwohl mir das manchmal auf der Zunge liegen würde.

„Sogenannte Opposition“ ist hier falsch! Wir sind eine richtige Opposition, wir sind eine Opposition, die sich mit ganz wenigen Leuten ganz enorm engagiert; sonst könnten wir die Arbeit, die wir leisten, nicht leisten.

Wir leisten die Arbeit hier, nicht um sie zu ärgern, sondern wir leisten die Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in Ludwigshafen, die eine Alternative brauchen zu dem was vorliegt und diese Alternative können wir darstellen.

Vielen Dank!